

Antragsteller	Ort, Datum
Anschrift	
Telefon-Nummer:	

Magistrat der Stadt Friedberg (Hessen)
 FD Veranlagungs- u. Forderungsmanagement
-Vertrauliche Unterlagen-
 Mainzer-Tor-Anlage 6
 61169 Friedberg (Hessen)

STUNDUNGSANTRAG ERKLÄRUNG ÜBER DIE WIRTSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSE

Die Stadt Friedberg (Hessen) hat an mich/uns folgende Forderung/en:

Kassenzeichen	Bezeichnung der Abgabe	Betragshöhe €	Fälligkeit

Ich/Wir beantrage/n Stundung mit folgendem

Zahlungsvorschlag:

- monatlich
 einmalig
 andere Zahlungsweise

Datum der Ratenzahlung	Betrag €	Datum der Ratenzahlung	Betrag €

Begründung des Stundungsantrages

(Voraussetzung für eine Stundung gem. § 222 Abgabenordnung (AO), § 30 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) ist, dass der Einzug der Forderungen am Fälligkeitstag mit einer erheblichen Härte für den Schuldner verbunden ist und der Anspruch nicht gefährdet erscheint. Der Antrag muss daher sorgfältig begründet werden)

Eine erhebliche Härte ist gegeben, weil

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Sicherheitsleistung

Als Sicherheitsleistung wird angeboten:

.....
.....
.....
.....

Unterschrift des Antragstellers/ der Antragstellerin

Erklärung über die aktuellen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zum Stundungsantrag

Ihre Angaben werden von uns erhoben, um nach Maßgabe von § 222 AO bzw. § 30 GemHVO über Ihren Stundungsantrag entscheiden zu können. Nach diesen Rechtsvorschriften kann Ihnen eine Stundung nur gewährt werden, wenn die Einziehung der fälligen Forderung in nur einer Summe für Sie eine erhebliche Härte bedeuten würde und der Anspruch nicht gefährdet erscheint. Ob dies der Fall ist, lässt sich nur an Hand der nach diesem Erhebungsvortrag vorgesehenen Angaben über Ihre wirtschaftlichen Verhältnisse überprüfen.

Ohne diese Angaben müsste Ihr Antrag deshalb in jedem Fall als unbegründet abgelehnt werden.

Zur Person:
Name, Vorname / Firma
Adresse:
Familienstand:
Beruf:
(ggf. Beruf des Ehegatten)
.....

1. Anzahl der Familienangehörigen, die vom Antragsteller zu unterhalten sind: Personen

hiervon: Kinder im Alter von Jahren
 Kinder im Alter von Jahren
 Kinder im Alter von Jahren

2. Hiermit wird versichert, dass der geforderte Betrag nicht durch ein Kreditinstitut finanziert werden kann.

I. Vermögensverhältnisse

		Verkehrswert bzw. Betrag in EUR
Ist Grundvermögen (z. B. Grundstück, Wohneigentum) vorhanden? <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	Kurze Bezeichnung nach Lage, Größe, Jahr der Bezugsfertigkeit, Grundbuchstelle	
Sind Bankguthaben vorhanden? <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	Bezeichnung der Bank oder des sonstigen Kreditinstituts und der Kontonummer	
Sind Sparguthaben vorhanden? <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	Bezeichnung der Bank oder des sonstigen Kreditinstituts und der Kontonummer	
Sind Bausparguthaben vorhanden ? <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	Bezeichnung der Bausparkasse und der Kontonummer. Falls Guthaben auszahlbar, bitte angeben, ob es alsbald verwendet wird.	
Sind Wertpapiere vorhanden ? <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	Bezeichnung der Wertpapiere, Depotbank	
Sind Lebensversicherungen vorhanden <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	Versicherungsgesellschaft, Versicherung, Datum des Vertragsabschlusses	(Rückkaufswerte)
Sind Betriebsvermögen/ Gesellschaftsanteile vorhanden <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	Bezeichnung des Unternehmens, Nominalbeteiligung	
Sind sonstige Vermögenswerte vorhanden <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	Bezeichnung des Gegenstandes (z.B. Kraftfahrzeuge, Schmuck, Kunstgegenstände)	

II. Einkünfte (monatlich, netto; jeweils die letzten 3 Einkommensnachweise)

A. Eigene

1. Aus nichtselbstständiger Arbeit (netto)

Ja Nein € _____

2. Aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder selbstständiger Arbeit (Gewinn)

Ja Nein € _____

3. Einkünfte aus Kapitalvermögen (z. B. Zinsen, Dividenden)

Ja Nein € _____

Art des Einkommens

Höhe €

a)..... _____

b)..... _____

4. Einkünfte aus Vermietung oder Verpachtung

Ja Nein

a)

b)

c)

Mieter/Pächter	Mietzins/Pachtzins €

5. Sonstige Einkünfte (z. B. Wohngeld, Krankengeld, Mutterschaftsgeld, Übergangsgeld, Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz, dem Beamtenversorgungsgesetz, dem Wehrgesetz und sonstigen sozialen Gesetzen, Arbeitslosengeld, Arbeitslosengeld II, Rente, Kindergeld, BAföG, Unterhaltsgeld, Überbrückungsgeld, Übergangsgeld, Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld, Konkursausfall etc.)

Art der Leistung

Höhe €

a)

b)

c)

d)

B. Einkünfte der zum Haushalt gehörenden Personen (monatlich, netto, jeweils die letzten 3 Einkommensnachweise – aus allen zuvor aufgeführten Einkunftsarten)

	Art des Einkommens	Höhe €
a) Ehegatten		
b) Kinder		
c) Vater/Mutter		

III. Verbindlichkeiten

A. Monatliche Kosten

- 1. Miete (einschließlich Mietnebenkosten) € _____
- 2. Belastungen aus Schuldendienst (Zinsen, Tilgung) € _____
- 3. Heizkosten, Strom, Gas, Wasser, Telefon usw. € _____
- 4. Versicherungen
 - a) Lebensversicherungen € _____
 - b) Sonstige € _____
- 5. Sparverträge € _____
- 6. KFZ-Kosten (Haftpflicht, Steuer usw.) € _____
- 7. Unterhaltsleistungen € _____
- 8. Kontokorrentkredit € _____
- 9. sonstige Ausgaben € _____

B. Möglichkeit der Kreditaufnahme zur Begleichung der Forderung

Die nachstehenden Erklärungen und die dazugehörigen Belege sind immer zu erbringen, wenn regelmäßiges Einkommen (Löhne, Ausbildungsvergütungen, Renten usw.) vorhanden ist.

- a) Dispositionskredit eingeräumter Rahmen _____ €, in Anspruch genommen _____ €
(bei Inanspruchnahme Belege erforderlich)

b) Ist eine Kreditaufnahme möglich?

nein

ja, in Höhe von

_____ €

Laufzeit der Tilgung (belegen): _____

c) Ist darüber hinaus eine Kreditaufnahme möglich?

nein

ja, in Höhe von

Wird die vorstehende Frage verneint, so ist ein entsprechender Nachweis des jeweiligen Kreditinstitutes beizufügen.

IV. Betriebswirtschaftliche Auskunft (bei Gewerbebetrieben)

wird beigefügt

V. Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse

In Zukunft ist eine Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu erwarten

nein

ja

Begründung:

VI. Sonstiges

Die Belege zu meinen Ausgaben in den Ziffern I. bis IV. sind jeweils in Kopie beigefügt. Abweichend hiervon kann dem Antragsteller in Ausnahmefällen gestattet werden, Originalbelege zur Einsichtnahme vorzulegen.

Über die vorstehenden Angaben hinaus trage ich zur weiteren Begründung meines Antrages noch folgendes vor (ggf. Begründung für Verzicht auf Stundungszinsen):

Ich/Wir habe/n zur Kenntnis genommen, dass

1. die Finanzierung der Beitrags-/Steuerschuld durch ein Kreditinstitut Vorrang vor einer Stundung hat.
2. für die Dauer einer gewährten Stundung Zinsen erhoben werden (gemäß § 234 AO und § 30 GemHVO in Höhe von 0,5 Prozent für jeden angefangenen Monat)
3. Auf die Zinsen kann ganz oder teilweise verzichtet werden, wenn ihre Erhebung nach Lage des einzelnen Falles unbillig wäre (z. B. Katastrophenfälle, bei langjähriger dauernder Arbeitslosigkeit des Steuerschuldners, bei Liquiditätsschwierigkeiten allein infolge nachweislicher Forderungsausfälle im Konkurs-/Insolvenzverfahren etc.)
4. Unvollständige, widersprüchliche oder unrichtige Angaben haben zur Folge, dass der Antrag abgelehnt wird!

Ich/Wir versichere/versichern, dass ich die Angaben in diesem Vordruck über meine Einkommens- und Vermögensverhältnisse vollständig und wahrheitsgemäß gemacht habe.

Ort, Datum:

Unterschrift des Antragstellers/der Antragstellerin/
des gesetzlichen Vertreters

Unterschrift des Ehegatten

Hinweis

Stundungen werden grundsätzlich unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs gewährt. Sie sind zu widerrufen, wenn während der Stundungsfrist Tatsachen bekannt werden, die die Forderung als gefährdet erscheinen lassen.

Wird eine Stundung durch Einräumen von Teilzahlungen gewährt, so ist die jeweilige Restforderung sofort zur Zahlung fällig, wenn die Frist für die Leistung von zwei Raten um zwei Wochen überschritten wird.

Benachrichtigung über gespeicherte Daten

Informationen zum Schutz personenbezogener Daten bei deren Verarbeitung durch den Fachbereich Finanzen der Stadt Friedberg (Hessen) nach Artikel 13 und 14 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung finden sich auf der Internetseite der Stadt Friedberg (Hessen) unter www.friedberg-hessen.de . Auf Wunsch betroffener Personen übersenden wir diese Informationen auch in Papierform.